

Weniger Staat, mehr Privatwirtschaft

Internationaler Liechtensteiner Presseclub informierte sich bei der Stiftung Zukunft.li. Das Treffen fand am Montag in Ruggell statt.

Mit der gemeinnützigen Stiftung Zukunft.li hat auch Liechtenstein einen Think-Tank für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erhalten, die für die Zukunft des Landes eine besondere Bedeutung haben. Aktive und Fördermitglieder des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) treffen sich jährlich im Herbst mit der Stiftung, um aus erster Hand über aktuelle Studien informiert zu werden. LPC-Präsident Peter Rutz wies zur Eröffnung des Treffens darauf hin, dass die Studien nach seiner Einschätzung einen immer grösseren Kreis in Politik, Wirtschaft und in der Bevölkerung erreichen.

«Weniger Staat – mehr privat»

Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut blickte auf ein erfolgreiches Jahr zurück, in dem wieder mehrere Studien erarbeitet und publiziert worden sind. Speziell erwähnte er den «Freiheitsindex Liechtenstein», der in Zusammenarbeit mit Avenir Suisse in der Schweiz erstellt worden ist – und Liechtenstein im Vergleich mit den Schweizer Kantonen gleich an die Spitze der Rangliste setzte. Die von ihm erwähnte umfangreiche Studie über Service public mit dem Titel «Weniger Staat – mehr privat» wurde anschliessend von Projektleiterin Doris Quaderer vorgestellt. Die Studie befasst sich mit fünf öffentlichen Infrastrukturunternehmen, die in Liechtenstein wichtige Serviceleistungen zur Verfügung stellen: Post, Telecom, LKW, LGV und Liemobil. War zur Zeit der Gründung noch klar, dass es sich bei den Unternehmen um Staatsbetriebe handeln müsse, steht heute die Frage im Raum, ob nicht verschiedene Leistungen privatisiert werden könnten. Wie Doris Quaderer dazu ausführte, stehen die Unternehmen vor bedeutenden Herausforderungen, wie etwa Digitalisierung, Liberalisierung und Klimapolitik. Die Studie macht geltend,



Peter Eisenhut (Stiftungsratspräsident), Doris Quaderer (Projektleiterin), Peter Rutz (LPC-Präsident) und Thomas Lorenz (Geschäftsführer, v. l.) tauschten sich über aktuelle Studien aus. Bilder: Sven Beham

dass die Telecom aufgrund der Marktentwicklung privatisiert werden könnte, das leitungsgesbundene Netz aber bei den LKW und damit beim Staat bleiben sollte. Längerfristig könnte auch die Post dann privatisiert

werden, wenn sich nach dem letzten absehbaren Liberalisierungsschritt Wettbewerb einstellt, was aktuell noch nicht abschliessend beurteilt werden kann. Auch für den Energiesektor hält die Studie einige Vor-

schläge bereit: Eine Fusion von LKW und LGV sollte aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen in Bezug auf die Energiepolitik geprüft werden, der Ausbau des Gasnetzes sollte aus klimapolitischen

Gründen gestoppt und dafür in Wärmenetze investiert werden.

Publikation über die Frauenerwerbstätigkeit

Eine Publikation über die Frauenerwerbstätigkeit in Liechten-

stein stellte Geschäftsführer Thomas Lorenz vor. Seit Jahren wird über Fachkräftemangel geklagt und über die zunehmende Beschäftigung von Grenzgängern diskutiert, dabei liegt offenbar ein Feld mit Arbeitskräften im Inland brach: Die Studie erbrachte das Ergebnis, dass die Frauenerwerbstätigkeit in Liechtenstein deutlich tiefer als in der Schweiz liegt. Damit war die Frage gestellt, welche Gründe es für das stärkere Fernbleiben der Frauen vom Arbeitsmarkt gibt. In Liechtenstein waren im Jahr 2019 insgesamt 69 Prozent erwerbstätig, während diese Quote in der Schweiz um 10 Prozentpunkte höher lag. Das Problem mit dem Fachkräftemangel wird sich nach den Ausführungen von Thomas Lorenz in den nächsten Jahren akzentuieren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre in Rente gehen. Mehr Frauen können für eine Erwerbstätigkeit aber nur gewonnen werden, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden, um Familie und Beruf besser in Übereinstimmung zu bringen. Laut Studie ist die Politik herausgefordert, bessere Rahmenbedingungen – wie etwa im Bereich Elternurlaub oder Verbesserung der Chancengleichheit – zu schaffen. Druck dafür kommt auch von aussen, denn Liechtenstein ist als EWR-Mitglied aufgefordert, die Work-Life-Balance-Richtlinie der EU umzusetzen.

Stiftung arbeitet an weiteren Studien

Im Sinne des Stiftungszwecks, dem Land neue Impulse für die Zukunftsfähigkeit zu geben, arbeitet die Stiftung derzeit an weiteren Studien, die im kommenden Jahr erscheinen werden. Darunter eine Aktualisierung des Themas Gemeindefinanz und Finanzausgleich sowie das Thema Wirtschaftswachstum angesichts der sich stark verändernden Rahmenbedingungen durch Klimawandel und Veränderungen in der Weltwirtschaft. (pd)

Informationen aus erster Hand

«Der LPC ist nun schon zum sechsten Mal zu Gast bei der Stiftung Zukunft Liechtenstein. Die LPC-Mitglieder können sich aus erster Hand über die aktuellen Studien informieren. Die Themen, die von der Stiftung behandelt und aufgearbeitet werden, stossen nicht nur in der Politik und der Wirtschaft auf Interesse, sondern vermehrt auch in der Bevölkerung. Ich lese die Studien jeweils mit grosstem Interesse, weil sie aktuelle Probleme aufzeigen und Varianten für



Peter Rutz
LPC-Präsident

die Bewältigung von künftigen Herausforderungen aufzeigen.»

Ein Garant für Authentizität

«Nachdem ich mir als Österreicher erlaube, die in meinem Heimatland publik gewordenen unmoralischen Chats sowie auch die damit zusammenhängenden Vorkommnisse zu verurteilen und in diesem Zusammenhang die in Auftrag gegebenen Studien zu hinterfragen sind, unterscheidet gerade dieser Aspekt die Stiftung Zukunft Liechtenstein in ihrer Unabhängigkeit von der Politik. Die Stiftung ist nach meiner Einschätzung und Erfahrung ein Garant für Authentizität, auf die man



Dr. Erik Purgstaller
Datenschutzstelle Liechtenstein

sich von einer Studie zur anderen stets verlassen kann.»



ESCHEN
NENDELN

Eschen-Nendeln – Einzigartige Wohnlagen im Unterland.





Energietadt
Eschen-Nendeln
unsere Zukunft



unicef
Eschen-Nendeln



Kinder-
freundliche
Gemeinde